

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Rauchen wird teurer

(AP) Rauchen wird teurer: Der Bundesrat hat die Steuer auf Zigaretten auf den kommenden 1. März um rund 15 Prozent angehoben. Pro Päckchen Zigaretten wird dies inklusive Mehrwertsteuer 20 Rappen ausmachen, wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am Mittwoch mitteilte. Der Bund erhofft sich durch die Steuererhöhung Mehreinnahmen von 150 Millionen Franken. Der Ertrag aus der Tabaksteuer ist vollumfänglich für die Mitfinanzierung der Sozialwerke AHV und IV bestimmt. 1994 sollte die Tabaksteuer rund 1,2 Milliarden Franken abwerfen.

Butter wird billiger

Vorzugs- sowie Koch- und Bratbutter werden ab Anfang November zwischen 50 und 60 Rappen pro Kilogramm billiger. Dies ist die Folge der bereits im Januar beschlossenen Senkung der Abgabepreise, wie das EVD am Mittwoch mitteilte. Der Butter-Übernahmepreis wird erneut um 20 Rappen gesenkt. Ab dem ersten November ist bei der Vorzugs-, Molkerei- und Käseerzeugnisse das Kilo 50 Rappen billiger zu haben, wie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) mitteilte.

Gut vier Prozent Ausländer in der EU

Der Ausländeranteil in der Europäischen Union wird auch nach dem geplanten Beitritt Österreichs, Finnlands, Schwedens und Norwegens etwas über vier Prozent betragen. Das erklärte das EU-Amt für Statistik in einem am Mittwoch in Brüssel verbreiteten Bericht. Insgesamt werde in den EU-Ländern die Zahl der Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit von annähernd 15 auf 16 Millionen steigen, berechneten die Statistiker. Die Gesamtbevölkerung steige demgegenüber von rund 344 auf 370 Millionen.

Stich auf dem Posten

Der Schweizer Bundespräsident Otto Stich hat das Ruder wieder im Griff. Gleich an seinem ersten Arbeitstag nach seinem Zusammenbruch vor zwei Wochen leitete er am Mittwoch die Sitzung des Bundesrates. Er wolle sein «neugeschenktes Leben» so fortführen, wie er sein bisheriges gelebt habe, sagte er gutgelaunt vor der Bundehauspresse. «Ich freue mich, dass ich wieder hier bin», leitete Stich seinen ersten Auftritt in der Öffentlichkeit seit seiner Entlassung aus dem Spital ein.

Die EWR-Abstimmung kann erst im Jahre 1995 stattfinden

Regierung hält an unrealistischem Zeitplan fest – Landtag wollte konkrete Auskunft von der Regierung über Informationskonzept zur Abstimmung

(G.M.) – Die für Aussenpolitik zuständigen Mitglieder der Regierung, also Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungsrätin Dr. Andrea Willi und Regierungsrat Dr. Michael Ritter, hielten am Mittwoch im Landtag an ihrer Zielsetzung fest, dass das Fürstentum Liechtenstein auf den 1. Januar 1995 EWR-Mitglied werden soll. Die für Mitte Dezember 1994 vorgesehene zweite EWR-Volksabstimmung jedoch kann nicht mehr zu diesem Zeitpunkt durchgeführt werden: Sie soll auf Anfang 1995 verschoben werden. Mit der Schweiz sind die Verhandlungen zum Abschluss gebracht worden, erklärte Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, doch nach der Paraphierung der Vertragstexte zur Änderung des Zollvertrages steht die Unterzeichnung auf Regierungsebene noch aus. Wann dies der Fall sein wird, konnte die Regierungsrätin noch nicht konkret sagen.

Den Brüsseler Gremien liegt die «Lösungsplattform» wohl seit einiger Zeit vor, doch fehlen bislang noch die Stellungnahmen und das Einverständnis der EWR-Vertragspartner. Für die Umsetzung des EWR-Rechts und der Anpassung des Zollvertrages sind nach Angaben von Regierungsrätin Willi die Vorkehrungen getroffen.



Der Landtag befassete sich gestern vormittag eingehend mit der umstrittenen Vorgangsweise der Regierung, zuerst die Ausführungsgesetze zur Behandlung vorzulegen, bevor der Staatsvertrag Schweiz-Liechtenstein beraten und verabschiedet sei.

Noch liegen die EWR-Antworten aus Brüssel nicht vor

Debatte im Landtag über die Zwischenberichte der Regierung über das Verhandlungsergebnis mit der Schweiz und den EWR-Partnern

(G.M.) – Die Regierung gab sich weiterhin voller Hoffnung, im Landtag herrschte gegenüber diesen optimistischen Vorstellungen eine gewisse Skepsis vor: Die Zielsetzung der Regierung, dass das Fürstentum Liechtenstein auf den 1. Januar 1995 dem EWR beitreten sollte, bleibt unverändert aufrecht, doch hat die Regierung erstmals ihre Vorstellung korrigiert, dass die 2. EWR-Abstimmung noch in diesem Jahr möglich ist – die Volksentscheidung ist auf Anfang des kommenden Jahres verschoben worden.

«Und es ist doch möglich, zwei Wirtschaftsräumen gleichzeitig anzugehören», frohlockte Regierungsrat Dr. Michael Ritter bei der Abgabe des Zwischenberichtes über die Verhandlungen mit der Schweiz über die Abänderung des Zollvertrages im Hinblick auf den EWR-Beitritt. Allerdings ist bislang erst die Paraphierung der Vertragstexte vorgenommen worden, während die Unterzeichnung auf Regierungsebene noch aussteht. Über die Gründe, weshalb eine unüblich lange Zeit zwischen Paraphierung und Unterzeichnung verstreicht, schwiegen sich die Regierungsvertreter aus. Regierungsrat Dr. Michael Ritter sagte dazu lediglich, dass diese Verzögerung nicht als Symptom dafür gewertet

werden könne, es gebe Probleme zwischen den beiden Nachbarstaaten Schweiz und Liechtenstein.

Zuerst Anpassung des innerstaatlichen Rechts?

Aus der Not eine Tugend machend, erklärte Ritter weiter, dass es sinnvoll sei, die Behandlungen der vorliegenden Gesetze zur Anpassung des innerstaatlichen Rechts vor dem Staatsvertrag vorzunehmen, weil die Gesetze bekanntlich drei Lesungen brauchen. Dennoch versprach er, dass die Regierung bemüht sei, so rasch wie möglich dem Landtag den Bericht und Antrag über den schweizerisch-liechtensteinischen Staatsvertrag zu unterbreiten. Nachdem sich schon vorher an diesem Vorhaben Kritik erhoben hatte, insbesondere durch FBP-Fraktions-sprecher Dr. Gabriel Marxer, gab Regierungsrat Ritter zu verstehen, dass Liechtenstein eben nicht allein agieren könne, sondern auf die Zusammenarbeit mit den Partnern angewiesen sei.

Frage der Volksabstimmung

Auf die vorliegende Zeitplanung eingehend, betonte der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert, dass noch eine Volksabstimmung stattzufinden habe und für die

se Entscheidungsfindung genügend Zeit zur Verfügung stehen müsse. Um etwas Licht in die verwirrende Argumentation der Regierung über die Zeitplanung einzubringen, fragte der FBP-Abgeordnete Alois Beck an, ob die liechtensteinische Abstimmung vor dem 20. Dezember 1994 – also dem Zeitpunkt, an dem der EU-Ministerrat über das Dossier Liechtenstein entscheiden soll – stattfinden müsse. In seiner Antwort deutete Regierungsrat Ritter an, was Regierungsrätin Dr. Andrea Willi in ihrem nachfolgenden Zwischenbericht über den Stand der Verhandlungen mit den EWR-Partnern ausführte: Die Volksabstimmung kann nicht mehr in diesem Jahr stattfinden, sondern soll auf Anfang 1995 verschoben werden. Dabei unterstrich Regierungsrat Ritter, dass es nicht in erster Linie um den Zeitpunkt der Abstimmung gehe, sondern vor allem um die Verwirklichung der Zielsetzung.

Volk klaren Wein einschenken

Direkt oder indirekt musste die Regierung in der nachfolgenden Diskussion einige Kritik einstecken. Man sollte nicht um den heißen Brei herumreden, forderte VU-Fraktions-sprecher Dr. Peter Wolff mit Nachdruck, während Landtagsvize-

präsident Otmär Hasler die Regierung aufforderte, «dem Volk klaren Wein einzuschenken». Er forderte die Regierung im weiteren auf, das Informationskonzept für die Abstimmung zu veröffentlichen und darauf zu achten, dass die Bevölkerung genügend Zeit für die Entscheidungsfindung habe. Missverständliches in den Äusserungen von Regierungsrätin Willi entdeckte VU-Sprecher Wolff: Im November sollten nach ihrer Aussage die Brüsseler Resultate vorliegen, doch der EU-Ministerrat werde die Entscheidung erst am 20. Dezember 1994 fällen. Regierungsrätin Willi gab dazu die etwas gewagte Erklärung ab, dass es sich um einen vorformulierten Beschluss handle, an dem der Ministerrat keine Änderungen mehr vornehme.

Problem der Übergangsfristen

Auch die Frage der Übergangsfristen stand im Interesse der Debatte. Regierungsrätin Willi erklärte dazu, dass diese Fristen auf bestimmte Daten fixiert seien und für die anderen EFTA-Staaten nicht abgeändert worden seien. Die Regierung strebe eine optimalere Lösung an, was darauf hindeutet, dass bisher noch darüber verhandelt wurde oder noch keine «positive Signale aus Brüssel» vorliegen.

Wer führt eigentlich die Aussenpolitik?

Kritische Anmerkungen im Landtag über aussenpolitische Zuständigkeiten der VU-Regierungsmitglieder

(G.M.) – Nicht der Staatsvertrag über die Änderung des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrages lag gestern vormittag für die «Sondersitzung» des Landtags vor, sondern lediglich zwei Zwischenberichte der Regierung, die dem Parlament in mündlicher Form abgegeben wurden. Die Regierung musste sich deshalb Kritik gefallen lassen.

«Zwischenbericht zum bilateralen Verhandlungsergebnis mit der Schweiz im Hinblick auf die Teilnahme des Fürstentums Liechtenstein am EWR», hiess der erste Tagesordnungspunkt der gestrigen Landtagssitzung. Überraschung herrschte im Plenum vor, weil zu dieser wichtigen Angelegenheit nicht Regierungschef Dr. Mario Frick oder die für Aussenpolitik zuständige Regierungsrätin Dr. Andrea Willi Stellung bezog, sondern der für Wirtschaftsfragen



Nicht Regierungschef Dr. Mario Frick und nicht Regierungsrätin Dr. Andrea Willi gaben Auskunft über EWR-Vorgehen, sondern der für Wirtschaftsfragen zuständige Regierungsrat Dr. Michael Ritter. (Bild: Beat Schurte)

gen zuständige Regierungsrat Dr. Michael Ritter. Diese bisher unübliche Konstellation veranlasste den FBP-Abgeordneten Gebhard Hoch zur Frage, wer denn eigentlich die Aussenpolitik führe. Nach seiner Auffassung bestätigte diese Aufteilung der aussenpolitischen Belange den Eindruck, dass in der Aussenpolitik je nach Opportunität wechselnde Regierungsmitglieder Auskunft geben würden. Der innerhalb der VU-Regierungsmannschaft offensichtlich «starke Mann», Regierungsrat Dr. Michael Ritter, überliess die Antwort nicht Regierungschef Frick, sondern wies in seiner Antwort auf ausländische Beispiele, insbesondere in der Schweiz und Österreich, hin. Im bilateralen Bereich werde er Auskunft geben, für den multilateralen Sektor sei Regierungsrätin Dr. Andrea Willi zuständig.

Advertisement for Huber watches. It features a close-up image of a watch face and the brand name 'huber' in a stylized font. Below the name, it lists various watch models like 'Vaduz', 'Stadtle', 'Rathausplatz', 'Lech A. Arlberg', and 'Ambrosiuspassage'. At the bottom, it provides the address: 'VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ • LECH A. ARLBERG • AMBROSIIUSPASSAGE'.

Advertisement for deSede Handwerkskunst. It features the text 'deSede Handwerkskunst' and 'Die Liebe zum Detail.' Below this, it describes the products as 'Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe - verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.' The logo 'deSede' is prominently displayed, followed by 'THONY' in large letters. At the bottom, it provides contact information: 'FL-9494 Schaan, Bahnhofstrasse 16, Tel. 075/232 44 22' and a logo for 'WOHNEN'.